

Fraktionen von CDU und FDP fordern ganzheitliches Konzept zur Reduzierung des Amoklauf-Risikos

Verstärkte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich - Als „bedingt geeignet“ bezeichneten Sabine Kurtz, CDU-Obfrau des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen - Jugendgefährdung und Jugendgewalt“, und der FDP-Obmann Hagen Kluck die in der letzten Zeit verbreiteten Empfehlungen zur Verhinderung eines weiteren Amoklaufs“. „Der Sonderausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, in aller Ruhe und Sachlichkeit die Ursachen für Amok-läufe an Schulen zu ergründen und als Ergebnis geeignete Maßnahmen vorzu-schlagen, die das Problem an der Wurzel packen“, erklärten Kurtz und Kluck.

Bereits in seiner ersten öffentlichen Anhörung am 22. Juli 2009 habe der Ausschuss wertvolle Ratschläge von namhaften Experten erhalten. Darüber hinaus seien weitere vier Anhörungen geplant, aus denen weitere zielführende Anregungen erwartet würden, bevor zum Jahresende 2009 die Empfehlungen veröffentlicht würden. „Einzelne isolierte Maßnahmen, wie beispielsweise der bloße Austausch von Türknauf und Türen in Klassenzimmern ,stehen dabei höchstens am Ende eine Kette tiefgreifender Präventionsmaßnahmen“, so Sabine Kurtz. Auch die in diesem Zusammenhang genannte Forderung nach zusätzlicher Schulsozialarbeit sei alleine nicht zielführend. „Es geht im Kern um ein enges Miteinander von Schule, Eltern und Gesellschaft, um an den Schulen des Landes eine Kultur des Vertrauens, der Anerkennung und des Zuhörens einziehen zu lassen. Dies ist ein sehr anspruchvolles aber lohnendes Ziel, um Amokläufe unwahrscheinlicher zu machen“ sagte Hagen Kluck, Obmann der FDP-Fraktion im Sonderausschuss. Hintergrund Die weiteren Anhörungen des Sonderausschusses finden an folgenden Terminen statt: • am 1. Oktober, zum Thema „Zugang zu Waffen“, • am 19. Oktober, zum Thema „Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen“, • am 22. Oktober, zum Thema „Sicherheitsmaßnahmen an Schulen“, • am 11. November, zum Thema „Stärkung des Erziehungsauftrags der Eltern“. Anschließend wertet der Sonderausschuss des Landtags BW die in den Anhörungen gewonnenen Erkenntnisse aus und formuliert bis zum Jahresende seine Empfehlungen.